

SATZUNG
DES LANDESVERBANDES HAMBURG
der
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ



Anmerkung: Aus Gründen der Vereinfachung wird auch bei Amtsinhaberinnen die männliche Form verwendet.

PRÄAMBEL

Die Satzung soll in der Verpflichtung auf gemeinsame Werte und auf gegenseitige Achtung und Toleranz eine effiziente Organisation innerhalb des Landesverbandes Hamburg der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ schaffen. Sie orientiert sich am Parteiengesetz der Bundesrepublik Deutschland und an den Grundwerten unserer rechtsstaatlichen Ordnung.

Diese Satzung basiert auf Regeln, die demokratische Entscheidungsprozesse gewährleisten, eine aktive Beteiligung an der Parteiarbeit und die Mitbestimmung der Mitglieder bei Beschlüssen auf allen Ebenen ermöglichen, umfassende Transparenz sicherstellen, Kontrollen und Korrekturen zulassen und eine möglichst weitgehende Autonomie für alle Organe der Partei garantieren, jedoch eine Verselbstständigung gewählter Gremien und Organe der Partei verhindern. Sie fördert die Entwicklung einer solidarischen Gemeinschaft, in der die Freiheit des Einzelnen und die der Minderheiten beachtet werden.

Die Satzung soll allen Parteimitgliedern in Hamburg das Maß an Kompetenz und Rechtssicherheit geben, das für eine konstruktive politische Arbeit und für das Vorankommen der Partei unabdingbar ist.

SATZUNG

§ 1 NAME, LOGO, SITZ UND TÄTIGKEITSGEBIET

§ 1.1 Der Landesverband Hamburg führt den Namen PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (die Kurzbezeichnung lautet *Tierschutzpartei*) unter Zusatz seiner Organisationsstellung. Dieser Zusatz ist nur an nachfolgender Position zulässig. In der allgemeinen Werbung und in der Wahlwerbung kann der Zusatz weggelassen werden.

§ 1.2 Der Landesverband Hamburg verwendet das Logo des Bundesverbandes.

§ 1.3 Sitz des Landesverbandes Hamburg ist seine Geschäftsstelle oder der Wohnsitz eines der Vorsitzenden des Landesverbandes. Das Tätigkeitsgebiet ist das Bundesland Hamburg.

§ 2 ZWECK, ZIEL UND GRUNDKONSENS

§ 2.1 Der Landesverband Hamburg strebt eine Erneuerung der Gesellschaft zum Wohle von Mensch, Tier und Umwelt an. Dies geschieht durch die Teilnahme an Wahlen und durch Aufklärung im Sinne des Grundsatzprogramms der Partei, um die politische Willensbildung in Hamburg mitzugestalten. Insbesondere will er sich für das Leben der Tiere einsetzen, um sie vor fahrlässiger oder vorsätzlicher Zufügung von physischen und psychischen Schmerzen oder Schäden durch Menschenhand und vor der spezieistischen Grundhaltung des Menschen zu schützen. Der Landesverband Hamburg setzt sich darüber hinaus für soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft ein. Er will den Sozialabbau sowie die Ausgrenzung bzw. Diskriminierung von Menschen verhindern und stattdessen die Voraussetzungen für faire Chancen und die Gleichstellung aller Mitbürger schaffen.

§ 2.2 Der Landesverband Hamburg verwendet seine finanziellen Mittel ausschließlich für die nach dem Parteiengesetz obliegenden Aufgaben.

§ 3 MITGLIEDSCHAFT UND ZUGEHÖRIGKEIT

§ 3.1 Mitglied im Landesverband Hamburg kann jede natürliche Person werden, die Satzung und Programm anerkennt und nach innen und außen vertritt. Mitglied kann nur werden, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder seinen ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland hat, mindestens 16 Jahre alt ist und nicht durch Richterspruch die Wählbarkeit oder das Wahlrecht verloren hat.

§ 3.2 Unvereinbar mit der Mitgliedschaft ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer anderen Partei oder in einer Vereinigung, die grundsätzlich gegen die Interessen und Ziele der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wirkt. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft ist auch jede Tätigkeit, die – beginnend mit dem Zeitpunkt des Eintritts in die Partei – gegen die Wertvorstellungen, die Ziele und die politischen Leitsätze des Grundsatzprogramms gerichtet ist.

§ 3.3 Die Mitgliedschaft wird schriftlich per Post, per Fax, per E-Mail oder per Online-Antrag bei der Landes- oder Bundesgeschäftsstelle, der Mitglieder- und Beitragsverwaltung oder dem Vorstandssekretariat des Bundesverbandes der Partei beantragt. Über die Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand des Landesverbandes Hamburg innerhalb von 14 Tagen nach Kenntnisnahme eines Aufnahmeantrages. Dem Bundesvorstand steht ein Vetorecht innerhalb von 3 Monaten nach Eingang des Aufnahmeantrages zu.

§ 3.4 Wird die Mitgliedschaft eines Antragstellers abgelehnt, ist der Bundesvorstand unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Die Ablehnung eines Antrags muss dem Antragsteller gegenüber nicht begründet werden.

§ 3.5 Die Mitgliedschaft tritt mit Aushändigung des Mitgliedsausweises, frühestens jedoch nach der ersten Beitragszahlung in Kraft. In Ausnahmefällen kann das Inkrafttreten der Mitgliedschaft ohne vorherige Beitragszahlung erfolgen. Darüber entscheiden Bundesvorstand und Landesvorstand gemeinsam.

§ 3.6 Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Streichung von der Mitgliederliste, Ausschluss oder Tod. Der Austritt kann jederzeit erfolgen. Er muss schriftlich erklärt werden. Er ist sofort wirksam und entbindet von weiterer Beitragszahlung. Für einen bereits gezahlten Beitrag besteht kein Anspruch auf Rückzahlung.

§ 3.7 Wenn ein Mitglied nach mindestens einjährigem Zahlungsrückstand – trotz zweimaliger Aufforderung mit Fristsetzung und Hinweis auf eine mögliche Streichung durch die zentrale Mitglieder- und Beitragsverwaltung – den fälligen Beitrag nicht entrichtet hat, erfolgt die Streichung durch die Mitglieder- und Beitragsverwaltung.

§ 3.8 Der Vollzug der Streichung aus der Mitgliederliste muss dem Mitglied in Schriftform mitgeteilt werden und ist wirksam, wenn nicht innerhalb von 2 Wochen schriftlich Einspruch eingelegt wird. Bis zu einer erneuten Entscheidung der Mitglieder- und Beitragsverwaltung ruhen die Rechte aus der Mitgliedschaft. Gegen die Entscheidung können die Schiedsgerichte der Partei angerufen werden.

§ 3.9 Der Landesverband Hamburg kann Persönlichkeiten, die sich in herausragender Weise für Menschen, Tiere oder Umwelt verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen. Über die Ernennung entscheidet der Landesvorstand.

§ 4 RECHTE UND PFLICHTEN DER MITGLIEDER

§ 4.1 Die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Landesverbandes Hamburg entsprechen sinngemäß den diesbezüglichen Regelungen des Bundesverbandes.

§ 5 GLIEDERUNG UND KLAGERECHT

§ 5.1 Der Landesverband Hamburg kann mit Zustimmung des Bundesverbandes nachgeordnete Gebietsverbände (Kreisverbände usw.) gründen. Jeder Gebietsverband muss aus mindestens 3 Mitgliedern bestehen.

§ 5.2 Wenn der Vorstand eines untergeordneten Gebietsverbandes zurücktritt, abgesetzt wird oder aufgrund des Parteiengesetzes als handlungsunfähig gilt, übernimmt das Präsidium des Landesverbandes Hamburg kommissarisch so lange die Geschäftsführung, bis ein neuer Vorstand gewählt worden ist. Ob Handlungsunfähigkeit vorliegt, wird vom übergeordneten Gebietsvorstand durch einfache Mehrheit festgestellt. Der bisherige Vorstand haftet trotzdem und über den Zeitpunkt des Rücktritts hinaus für die von ihm verursachten Mängel oder Unregelmäßigkeiten.

§ 5.3 Nachgeordnete Gebietsverbände, die 2 Jahre ohne regulären Vorstand bestehen, können durch den übergeordneten Gebietsvorstand aufgelöst werden. Die Auflösung eines Gebietsverbandes bedarf in jedem Fall der Zustimmung des Bundesvorstandes. Wenn ein untergeordneter Gebietsverband aufgelöst worden ist, wird sein Vermögen dem übergeordneten Gebietsverband übertragen.

§ 5.4 Das Klagerecht liegt beim Bundesvorstand. In Ausnahmefällen kann das Klagerecht auf Antrag dem Landesvorstand Hamburg übertragen werden.

§ 6 ORGANE

§ 6.1 Die Organe des Landesverbandes Hamburg sind:

- a) die Mitgliederhauptversammlung
- b) der Landesvorstand
- c) das Präsidium
- d) die Kassenprüfer
- e) die Landesarbeitsgruppen

§ 6.2 Beschlussfähigkeit der Organe:

- a) Die Mitgliederhauptversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden.
- b) Der Landesvorstand und sein Präsidium sind bei ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel ihrer Mitglieder anwesend ist.

§ 6.3 Sinngemäß gilt § 6.2 auch für die nachgeordneten Gebietsverbände und ihre Organe.

§ 7 MITGLIEDERHAUPTVERSAMMLUNG

§ 7.1 Die Mitgliederhauptversammlung ist das höchste Organ des Landesverbandes Hamburg. Die Mitgliederhauptversammlung trifft ihre Beschlüsse im Einklang mit den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland sowie dem Grundsatzprogramm der Partei, der Landessatzung und – soweit vorhanden – der Geschäftsordnung.

§ 7.2 Die anwesenden stimmberechtigten Mitglieder wählen in offener Abstimmung einen Versammlungsleiter und einen Schriftführer. Das Hausrecht übt der Versammlungsleiter aus. Bis zur Wahl des Versammlungsleiters üben die Parteivorsitzenden einzeln oder gemeinsam das Hausrecht aus.

§ 8 DIE AUFGABEN DER MITGLIEDERHAUPTVERSAMMLUNG

§ 8.1 Die Aufgabe der Mitgliederhauptversammlung ist die Wahl:

- a) des Landesvorstandes
- d) der Kassenprüfer
- e) der Kandidaten für Volksvertretungen

§ 8.2 Erreicht bei der Wahl des Landesvorstandes keiner der Kandidaten die benötigte Stimmenmehrheit für das Amt des/der Vorsitzenden, werden die Geschäfte des Landesverbandes bis zu einer Neuwahl kommissarisch durch den alten Vorstand weitergeführt. Tritt ein Vorstand geschlossen zurück oder wird er handlungsunfähig (Ausscheiden des Präsidiums), so leiten die zurückgetretenen Mitglieder bzw. die verbliebenen Mitglieder kommissarisch die Geschäfte des Landesverbandes bis zu einer Neuwahl. Die Neuwahl muss innerhalb einer Frist von längstens 6 Monaten erfolgen.

§ 8.3 Die Beschlussfassung über:

- a) die Satzung
- b) den Rechenschaftsbericht und die Entlastung des Vorstandes
- c) die Regelung des Finanzhaushalts
- d) eingebrachte Anträge

- e) die Bildung von Landesarbeitsgruppen
- f) die Bildung von Kommissionen auf Landesebene
- g) die Wahlordnung und die Entscheidungen zur Beteiligung an Wahlen und ggf. gemeinsame Listen mit anderen Parteien
- h) die vorzeitige Abwahl von Mitgliedern des Vorstandes
- i) die Auflösung von nachgeordneten Gebietsverbänden
- j) die Geschäftsordnung der Mitgliederhauptversammlung

§ 9 ZUSAMMENSETZUNG DER MITGLIEDERHAUPTVERSAMMLUNG

§ 9.1 Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder des Landesverbandes Hamburg. Mitglieder, deren Mitgliedsrechte vorübergehend durch die Entscheidung eines Parteischiedsgerichts ruhen, können von der Teilnahme durch Beschluss des Landesvorstandes ausgeschlossen werden.

§ 9.2 Teilnahmeberechtigt sind sonstige Gäste. Ihre Teilnahme ist dem Landesvorstand bis spätestens 10 Werktage vor der Mitgliederhauptversammlung unter Angabe von Namen und Anschrift schriftlich mitzuteilen. Der Vorstand trifft seine Entscheidung über die Zulassung spätestens 5 Werktage vor der Mitgliederhauptversammlung. Das Rederecht von Gästen ist durch ein stimmberechtigtes Mitglied zu beantragen und bedarf der Zustimmung durch Mehrheitsbeschluss.

§ 9.3 Ist ein Mitglied mit seinem Beitrag mehr als ein Jahr im Verzug, erlischt sein Recht auf Teilnahme. Im Falle der Zahlung des ausstehenden Beitrages vor Ort tritt das Recht auf Teilnahme wieder in Kraft.

§ 10 EINBERUFUNG DER MITGLIEDERHAUPTVERSAMMLUNG

§ 10.1 Die Mitgliederhauptversammlung (ordentliche, außerordentliche) findet mindestens einmal während eines Kalenderjahres statt.

§ 10.2 Außerordentliche Mitgliederhauptversammlungen können in besonders dringenden Fällen aufgrund anstehender wichtiger Entscheidungen mit einer Ladungsfrist von 10 Tagen einberufen werden.

§ 10.4 Eine Mitgliederhauptversammlung muss möglichst zeitnah – jedoch unter Einhaltung der Fristen – einberufen werden, wenn dies unter Angabe von Gründen schriftlich beantragt wird:

- a) vom Landesvorstand mit Zweidrittelmehrheit

oder

- b) von mindestens 20 Prozent der Mitglieder.

§10.5 Die Terminsetzung und die Einberufung einer Mitgliederhauptversammlung obliegen dem Landesvorstand. Die Einladung hat mit einer Frist von mindestens 3 Wochen unter Beifügung der vorläufigen Tagesordnung schriftlich zu erfolgen. Relevante zusätzliche Parteiunterlagen werden, wenn eine E-Mail-Adresse bekannt ist, per E-Mail mittels PDF-Dateien an die stimmberechtigten Mitglieder verschickt. Wenn keine E-Mail-Adresse bekannt ist, können die betreffenden Mitglieder die Unterlagen bei der Landesgeschäftsstelle bzw. dem Landesvorstand kostenlos anfordern.

§ 10.6 In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf 2 Wochen verkürzt werden; darüber entscheidet der Vorstand. In diesem Fall verkürzt sich die Fristenregelung für Kandidatenvorschläge bei anstehenden Wahlen ebenfalls auf 2 Wochen.

§ 11 ANTRÄGE ZUR MITGLIEDERHAUPTVERSAMMLUNG

§ 11.1 Anträge können alle Mitglieder des Landesverbandes Hamburg auf der Mitgliederhauptversammlung stellen.

§ 11.2 Alle Anträge müssen behandelt werden, solange sie inhaltlich nicht gegen das Parteiengesetz, die Satzung, das Grundsatzprogramm oder geltendes Recht verstoßen und den parteiinternen formalen Regeln der Antragsstellung genügen (siehe hierzu Bundessatzung).

§ 11.3 Abwahl- und Nachwahlenanträge sowie Missbilligungsanträge gegen Funktionsträger müssen mindestens 3 Wochen vor einer Mitgliederhauptversammlung schriftlich beim Landesvorstand eingereicht werden. Es gilt das Datum des Poststempels. Abwahlenanträge werden nur berücksichtigt, wenn sie in der Tagesordnung aufgeführt wurden.

§ 11.4 Für nicht besetzte Funktionen im Vorstand können geeignete Personen auf jeder Mitgliederhauptversammlung nachgewählt werden.

§ 11.5 Beschlüsse über die Änderung der vorläufigen Tagesordnung bedürfen der Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden.

§ 11.6 Folgende Anträge zur Geschäftsordnung können gestellt werden:

- a) Änderung der Tagesordnung
- b) Schluss der Debatte und Abstimmung
- c) geheime Abstimmung
- d) Rednerliste schließen
- e) Begrenzung der Redezeit
- f) Vertagung des Beratungsgegenstandes
- g) Verweisung an eine Kommission
- h) Abwahl des Versammlungsleiters wegen fehlender Sachkundigkeit
- i) Schluss der Sitzung

§ 11.7 Über die oben genannten Anträge zur Geschäftsordnung entscheiden die anwesenden Mitglieder mit einfacher Mehrheit.

§ 11.8 Geschäftsordnungsanträge sind nach dem Ende eines Redebeitrages oder einer Abstimmung sofort durch den Versammlungsleiter zuzulassen.

§ 11.9 Im Übrigen bestimmt die Geschäftsordnung des Bundesverbandes den Ablauf der Mitgliederhauptversammlung.

§ 12 BESCHLUSSFÄHIGKEIT DER MITGLIEDERHAUPTVERSAMMLUNG

§ 12.1 Die Mitgliederhauptversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurden.

§ 13 VORSTAND

§ 13.1 Der Vorstand besteht aus mindestens 4 und maximal 10 Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstandes müssen mehrheitlich deutsche Staatsbürger sein.

Im Einzelnen besteht der Vorstand aus bis zu 3 Vorsitzenden, dem Schatzmeister, dem stellv. Schatzmeister (nicht zwingend), dem Schriftführer, dem stellv. Schriftführer (nicht zwingend) und den Beisitzern.

§ 13.2 Alle Vorsitzenden, der Schatzmeister und der Schriftführer bilden das geschäftsführende Präsidium des Landesverbandes Hamburg.

§ 13.3 Den Mitgliedern des Vorstandes kann mit Zustimmung der Bundesschatzmeisterei eine symbolische Entschädigung für ihre Parteiarbeit – je nach der finanziellen Situation des Landesverbandes – auf Beschluss des Vorstandes gewährt werden. Die Höhe der Aufwandsentschädigung regelt die Bundesfinanzordnung.

§ 13.4 Die Vorstandswahl wird durch die Wahlordnung des Landesverbandes Hamburg geregelt, die Teil dieser Satzung ist.

§ 14 AUFGABEN DES VORSTANDES

§ 14.1 Der Vorstand repräsentiert und leitet den Landesverband. Er führt dessen Geschäfte nach Parteiengesetz, Satzung, Geschäftsordnung sowie nach den Beschlüssen der Mitgliederhauptversammlung.

§ 14.2 Um die Ordnung innerhalb des Landesverbandes aufrechtzuerhalten und Verstößen gegen Satzung und sonstige Parteiordnungen entgegenzuwirken, entscheidet der Vorstand über Ordnungsmaßnahmen gegenüber Mitgliedern, nachgeordneten Gebietsverbänden und sonstigen Gremien. Die im jeweiligen Fall anzuwendenden Ordnungsmaßnahmen und Rechte des Vorstandes ergeben sich aus der Bundessatzung.

§ 14.3 Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 14.4 Mindestens zwei Mitglieder des Präsidiums vertreten den Landesverband nach innen und außen und sind gemeinsam zeichnungsberechtigt gemäß § 26 BGB.

§ 14.5 Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit relativer Mehrheit.

§ 14.6 Für die laufenden Geschäfte ist der geschäftsführende Vorstand (Präsidium) zuständig.

§ 14.7 Für außergewöhnliche Entscheidungen, die über den alltäglichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, insbesondere solche von finanzieller Tragweite (über 1.000 Euro), ist der Gesamtvorstand zuständig.

§ 14.8 Nähere Regelungen über Entscheidungsfindungen und Abstimmungen werden in der Geschäftsordnung des Bundesvorstandes bestimmt, die auch für den Landesverband Hamburg Geltung haben.

§ 14.9 Wichtige Beschlüsse des Vorstandes sind in einer angemessenen Frist (spätestens 2 Wochen nach erfolgtem Beschluss) dem Bundesvorstand mitzuteilen.

§ 14.10 Der Vorstand legt der Mitgliederhauptversammlung alle 2 Jahre einen Rechenschaftsbericht (Tätigkeitsbericht gemäß § 9 Abs. 5 PartG), der sich in einen

politischen und einen finanziellen Teil gliedert, vor. Letzterer obliegt dem Schatzmeister im Sinne von § 9 Abs. 5 PartG.

§ 14.11 Im finanziellen Teil des Rechenschaftsberichts hat der Vorstand über die Herkunft und die Verwendung der Mittel, die dem Landesverband zugeflossen sind, sowie über das Vermögen des Landesverbandes öffentlich Rechenschaft abzulegen. Außerdem ist die Zahl der beitragspflichtigen Mitglieder anzugeben.

§ 14.12 Im politischen Teil des Rechenschaftsberichts gibt der Vorstand Auskunft über die Arbeit der vergangenen zwei Jahre.

§ 14.13 Der Vorstand kann für bestimmte Arbeitsgebiete die Bildung von Arbeitsgruppen beschließen.

§ 15 ORDNUNGSMASSNAHMEN

§ 15.1 Der Vorstand hat das Recht und die Pflicht, Mitglieder bei Verstößen gegen die Satzung, die satzungsrelevanten Ordnungen, das Grundsatzprogramm oder gegen die Ordnung der Partei zu maßregeln.

§ 15.2 Der Vorstand kann je nach Schwere der Pflichtverletzung bzw. des Verstoßes Ordnungsmaßnahmen ergreifen, die im Einzelnen in der Bundessatzung geregelt sind.

§ 16 SCHIEDSGERICHE DER PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

§ 16.1 Bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern im Landesverband oder Streitigkeiten mit anderen Gebietsverbänden oder mit dem Bundesverband können die Parteischiedsgerichte angerufen werden.

§ 16.2 Die Parteigerichtsbarkeit wird durch die erste und zweite Kammer des Bundesschiedsgerichts ausgeübt.

§ 16.3 Die Schiedsgerichte der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ sind Schiedsgerichte im Sinne des Parteiengesetzes. Sie nehmen diejenigen Aufgaben wahr, die durch das Parteiengesetz, die Satzung und die satzungsrelevanten Ordnungen der Partei MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ vorgesehen sind. Sie treffen ihre Entscheidungen auf der Grundlage der Satzung, der Bundesschiedsordnung und des Parteiengesetzes.

§ 17 RAT DER LANDESVORSITZENDEN

§ 17.1 Einer der Vorsitzenden des Landesverbandes Hamburg ist gemäß der Bundessatzung Mitglied im Rat der Landesvorsitzenden.

§ 18 AUFGABEN DES RATES DER LANDESVORSITZENDEN

§ 18.1 Der Rat der Landesvorsitzenden hat die Aufgabe, zusammen mit dem Bundesvorstand über die grundlegende Strategie und die Ziele sowie über Kampagnen und Aktionen zu entscheiden und bei grundlegenden Fragen, die die Satzung, satzungsrelevante Ordnungen oder das Parteiprogramm betreffen, stimmberechtigt mitzuwirken.

§ 18.2 Die Mitglieder des Bundesvorstandes und die Mitglieder des Rates der Landesvorstände haben gleiches Stimmrecht. Der Rat der Landesvorsitzenden sollte mindestens

einmal jährlich tagen. Reine Verwaltungsvorgänge der Partei fallen nicht in den Aufgabenbereich des Rates der Landesvorsitzenden.

§ 19 KASSENPRÜFER

§ 19.1 Der Kassenprüfer wird für die Dauer von 2 Jahren gewählt.

§ 19.2 Sollte im Landesverband Hamburg kein Kassenprüfer zur Verfügung stehen, übernimmt seine Aufgabe der Kassenprüfer des Bundesverbandes.

§ 20 AUFGABEN DES KASSENPRÜFERS

§ 20.1 Der Kassenprüfer stellt durch eine Prüfung der Buchhaltung fest, ob das Vermögen des Landesverbandes in einem festgelegten Zeitraum ordnungsgemäß verwendet wurde und Einnahmen- und Ausgabenrechnung den Vorschriften einer ordnungsgemäßen Buchführung entspricht. Er erstattet der Mitgliederhauptversammlung alle 2 Jahre darüber Bericht.

§ 20.2 Liegen dem Kassenprüfer konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass die in der Einnahmen- und Ausgabenrechnung sowie in der Vermögensaufstellung enthaltenen Angaben unrichtig sind, gibt er der Bundesschatzmeisterei bzw. der Landesschatzmeisterei Gelegenheit zur Stellungnahme und Korrektur.

§ 20.3 Über die Prüfungen sind Niederschriften anzufertigen, die vom Kassenprüfer zu unterschreiben und mindestens 10 Jahre gemäß § 24 Abs. 2 PartG neben den Rechnungsunterlagen aufzubewahren sind.

§ 21 LANDESGARBEITSKREISE

§ 21.1 Landesarbeitskreise sollten nach Möglichkeit zu den wichtigsten politisch relevanten Themenbereichen, insbesondere zu Schwerpunktthemen aus dem Grundsatzprogramm, gebildet werden.

§ 21.2 Die Mitglieder dieser Arbeitskreise müssen sachverständig sein oder sich innerhalb einer angemessenen Frist sachkundig machen. In Landesarbeitskreisen können auch Nichtparteimitglieder in beratender Funktion tätig sein.

§ 21.3 Der Vorstand benennt die Mitglieder und die Leiter seiner Arbeitskreise. Er hat das Recht, die Mitglieder der Arbeitskreise von ihren Aufgaben zu entbinden, wenn er dies für notwendig erachtet.

§ 22 WAHLORDNUNG

§ 22.1 Die Wahlordnung des Landesverbandes Hamburg muss den gesetzlichen Bestimmungen genügen. Insbesondere muss sichergestellt sein, dass Kandidatenvorschläge bzw. eigene Kandidaturen aller Mitglieder berücksichtigt werden.

§ 22.2 Die Wahl des Vorstandes des Landesverbandes Hamburg regelt die Wahlordnung des Bundesverbandes. Eine Fristenregelung für die Bewerbung ist aber nur insoweit vorgesehen, dass schriftliche Kandidatenvorschläge dem Landesvorstand mindestens 5 Tage vor der Mitgliederhauptversammlung, auf der gewählt wird, zugegangen sein müssen. Es gilt das Datum des Poststempels.

§ 22.3 Vorschlagsberechtigt sind alle Mitglieder. Kandidatenvorschläge und eigene Kandidaturen können – neben einer schriftlichen Bekanntgabe der Kandidatenvorschläge oder der eigenen Kandidatur – auch auf der Mitgliederhauptversammlung, auf der gewählt wird, eingebracht werden.

§ 22.4 Der Vorstand erstellt auf der Grundlage der eingereichten Kandidatenvorschläge eine Kandidatenliste, anhand derer die Mitgliederhauptversammlung den Vorstand wählt.

§ 22.5 Funktionsträger im Landesvorstand verlieren ihre Funktion durch:

1. turnusmäßige Neuwahl, Erlöschen der Funktion oder Ablauf der satzungsmäßigen Amtszeit
2. Niederlegung des Amtes
3. Verlust der Mitgliedschaft
4. Verlust der Mitgliedschaft in einem Parteiorgan, von dem die Funktion abhängig ist

§ 22.6 Wahlordnung für die Wahlen zum Europäischen Parlament (Europawahl) regelt die Bundeswahlordnung.

§ 22.7 Über die Teilnahme an Landtags- und Kommunalwahlen sowie über die Aufstellung von Bewerberlisten und Direktkandidaten entscheidet die Mitgliederhauptversammlung. Vorschlagsberechtigt sind alle Mitglieder. Kandidatenvorschläge und eigene Kandidaturen können – neben einer schriftlichen Bekanntgabe der Kandidatenvorschläge oder der eigenen Kandidatur – auch auf der Mitgliederhauptversammlung, auf der gewählt wird, eingebracht werden. Schriftliche Kandidatenvorschläge müssen dem Landesvorstand mindestens 5 Tage vor der Mitgliederhauptversammlung, auf der gewählt wird, zugegangen sein, damit sie Berücksichtigung finden. Es zählt das Datum des Poststempels.

§ 22 PROTOKOLLFÜHRUNG

§ 22.1 Über die Sitzungen des Vorstandes sowie über Mitgliederhauptversammlungen sind Protokolle zu führen, die von den Schriftführern und Versammlungsleitern mit Unterschrift zu beurkunden sind.

§ 22.2 Die Protokolle sind unaufgefordert und möglichst zeitnah der Bundesgeschäftsstelle zur Archivierung zu übersenden.

§ 22.3 Über die Form der Abfassung der Protokolle (Verlaufs- oder Ergebnisprotokolle) entscheidet der Landesvorstand.

§ 23 NUTZUNGSBESTIMMUNGEN VON MITGLIEDER- UND MAILINGLISTEN

§ 23.1 Zur Durchführung von Verwaltungsaufgaben und zur innerparteilichen Organisation und Kommunikation haben folgende Personen Einsicht in Mitgliederlisten:

- a) die Mitglieder des Landesvorstandes
- b) die Beschäftigten der Bundesgeschäftsstellen des Bundesverbandes
- c) sonstige Funktionsträger mit ausdrücklicher Genehmigung des Präsidiums

§ 23.2 Eine Erstellung und Verwendung von Mailinglisten, die über den eigenen Gebietsverband hinausgeht, ist mit dem Bundesvorstand abzusprechen und von diesem zu genehmigen.

§ 24 ÜBERGANGSREGELUNGEN

§ 24.1 Für sonstige Regelungen und Verfahrensweisen, die in dieser Satzung unerwähnt blieben, kommen die Bundessatzung und das Parteiengesetz sinngemäß zur Anwendung.

§ 24.2 Über Listenverbindungen mit anderen Parteien oder Wählervereinigungen bei Landtags- bzw. Senatswahlen sowie Wahlen auf kommunaler Ebene entscheidet der zuständige Landesverband. Der Bundesvorstand hat ein Vetorecht, wenn eine gemeinsame Liste mit Parteien oder Wählervereinigungen aufgestellt werden soll, die gegen die Grundsätze des Grundgesetzes und der Menschenrechte sowie der Menschenwürde verstoßen und rechts- oder linksradikales, nationalsozialistisches oder rassistisches Gedankengut vertreten oder in der Öffentlichkeit verbreiten. Das Gleiche gilt für die Bildung von Fraktionsgemeinschaften.

§ 25 INKRAFTTRETEN

§ 25.1 Die Satzung tritt sofort nach ihrer Verabschiedung am 05. April 2014 in Kraft.